

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

58. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbefehlgebühren. Nur Postbezug. Erscheinungsort: Wien, Montag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 5. Februar 1920

Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 20 Pf., die fünfspaltige Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Rechtsanzeigen 60 Pf. die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 15

Falsche und richtige Methoden

VIII. Die „Buchdruckeropposition“

Mit diesem Stichwort, das alle fehterlichen Buchdruckerseelen höher schlagen läßt, hintemalen sie sonst nichts aufzuweisen haben, was sie in urbaner Weise heranzustellen könnten aus der Massenuniformität, können wir leider nun erst anknüpfen an die in Nr. 8 behandelte Kapitel „Die Buchdrucker inmitten der sozialen Revolution“ (VI) und „Der „Korr.“ im Wirbel der Ereignisse und Erfordernisse“ (VII). Es wäre besser gewesen, wenn diese drei Abschnitte hintereinander hätten folgen können. Da dies absolut nicht möglich war, tröstet auch wir uns über das Unabänderliche.

Im vergangenen Jahr ist in der großen Abhandlung „Der Parteienkrieg und die Gewerkschaften“ vieles gesagt und aufgezeigt worden, das jetzt eine Erklärung dafür abgeben könnte, was unter dem ausfälligen Schemawort „Buchdruckeropposition“ verstanden werden kann. Versuchen wir das, möchten wir nicht sagen, denn ebenfalls im vorigen Jahre haben wir einmal umfänglich und dann einige Male kurz, aber deutlich, auseinandergesetzt, daß eine ständige, feste Opposition aus gewerkschaftlichen Gründen in einer gewerkschaftlichen Organisation weder möglich noch berechtigt ist. Opposition ist denkbar und vielleicht angebracht in gewissen Angelegenheiten oder bei bestimmten noch stillosen Fragen, sie kann sich auch in konkreten Fällen gegen führende Personen richten. Aber andauernder rabiaten Widerstand gegen alles, was in einer Gewerkschaft maß- und richtungsgebend ist und ein Verbesserer, das sogar in mehr oder weniger organisatorischer Fassung geschieht, mit einem Sonderorgan und eventuell auch mit loser oder festerer Zeitschriftenform, das ist nicht gewerkschaftlichen Beweggründen entsprungen, hat keine reformerischen Absichten zum Ziele, sondern kann nur gewollte parteipolitische Durchsetzung einer oder der Gewerkschaften überhaupt sein. Denn eine jede Organisation wird bei härter auftretenden inneren Schwierigkeiten die Gelegenheit suchen, durch das Verhandlungsparlament von neuem über die Aufgaben, Wege und Ziele der Organisation entscheiden zu lassen. Damit ist dann wie durch einen Parteitag wieder bindendes Gesetz geschaffen für alle, denn sich jeder jüngen muß, der es noch ehrlich meint mit seiner Organisation.

Von den Parteitagungen der Unabhängigen in Gotha, Berlin und Leipzig haben die Gewerkschaften nichts erfahren, was ihnen ein ersprießliches Nebeneinander gewährleisten könnte; durch das Ende v. S. in Leipzig erfolgte Verlassen der Demokratie und Hinüberwechseln zur Diktatur unter gewissermaßen bestmöglichem Verbleiben beim Parlamentarismus ist vollends der Trennungsfriede gezogen worden. Es wurde ganz offenbar, daß Saale nicht mehr ist und die Verunflügelten nichts mehr zu sagen haben. „Kurzfristige Demagogen“ nannte Ströbel die nun das Ruder führenden Leute. Von den Kommunisten vernimmt man ebensowenig Spaltungen wie Programmänderungen mit obligaten neuen „Grundfäden“ in der Gewerkschaftsfrage; der dumme Zauber mit der Betriebsorganisation wird dort noch Allgemeingut werden. Auf alle Fälle löppern USV. und SPD. munter auf die Gewerkschaften Deutschlands drauflos; je weniger Esprit an den betreffenden Stellen disponibel, um so löplicher.

Aus diesen beiden tiefen Stimpfen heraus — und eventuell aus einigen Rechtschachen noch — quakt auch das, was sich wohlgefällig „Buchdruckeropposition“ nennen läßt. Je weniger Erträge im Kopfe, desto lauter, so daß diejenigen, bei denen geistig und sonst der Valulafurz nicht ganz so groß ist, kaum noch zu hören sind. Wer in die Jahrgänge zurückgeht und die verstorbenen Buchdruckeroppositionen sich in das Gedächtnis zurückruft, wird unbedenklich sagen müssen, daß auch in dieser Beziehung die Zeit keine Fortschritte gebracht hat. Das ist um so schlimmer, als heutzutage unkundige Leute mit den schwierigsten Problemen jonglieren wie ein Wendoahsch mit hochsteren großen Gemächlichen. Oppositionsversuch könnte man richtiger nennen, was systematische, grundsätzliche

Buchdruckeropposition sein will. Wie an der Erziehungswirtschaft im allgemeinen, so ist die Erziehung an dieser erst recht unter dem Nullpunkte der Befriedigung.

Die moderne Buchdruckeropposition hat in den vielerlei Spielarten des politischen Radikalismus ihre Abstammung, findet darin ihren Stützpunkt und arbeitet mit der nämlichen reichen Schlagwortpraxis, die den politischen Segelknoten so unvorteilhaft zu eigen ist. Die Sparte der schimpflichsten Grobnaturen ist entschieden größer als die Kategorie derjenigen, mit denen sich noch reden läßt. Genau wie in der am nächsten lebenden Unabhängigen Partei, die während der Kriegszeit weit besseres Ansehen genoss und mit viel tüchtigeren Köpfen aufwarten konnte. Der Ruck in den Sumpf ist recht schnell gekommen und sehr gründlich vor sich gegangen. Wenn es also auch mit der Buchdruckeropposition gehen sollte — gewolltermaßen nach dem Naturgesetze des Affentriebes —, dann müßte die Leipziger Gruppe vollends obenauf kommen. Man könnte nichts dagegen haben, weil dann wohl die kindische Eigenwilligkeit der Separation folgen würde.

Die neuzeitliche, auch mit den Merkmalen der Seelenverfälschung und Gehirnverbeugung durch den alles verwickelnden Krieg behaftete Buchdruckeropposition hat eigentlich ein Doppeltelgeli. Sie bezieht einerseits in untrier Organisation nach den „bewährten“ Rezepten von USV. und SPD., obwohl sich deren Methoden in der Gewerkschaftsfrage manchmal gegenseitig direkt ausschließen, die „Aushöhlung“ und frönt dem einseitigen Glauben, damit auch einmal durchzukommen, und will andererseits das graphische Gewerbe mit dem revolutionären Räteistmen einer wirtschaftlichen und organisatorischen Anknüpfung unterziehen. Vermessene Ziele, die alles andre als Mikrobemessungen erfordern würden, wenn das Ganze überhaupt Sinn und Verstand haben würde. Die graphische Weltrevolution lassen wir hier einstweilen noch außer Betracht.

Die Herrschaften haben sich seit etwa einem halben Jahre weidlich etwas geleistet in Straden über den Verband, seine Führung in Berlin sowie in den Gauen und nicht am wenigsten gegen den „Korr.“; seit bald einem Jahre sind die Maulwürfe überhaupt an der Arbeit. Wie die Regenwürmer sich in der Pflanze herumstelen, so erkreuzen sie sich und ihre blindgläubige Gefolgschaft an der verwerdlichen Ausstellung von bloßen Schlagworten oder dummen Schimpereien aus mangelnder Begabung mit selbständigen Gedanken. Der „Korr.“ hat milliamt die Fuktionsären diesen Treiben lange sehr geduldig zugegeben und gegen die Fülle der massiven Ausfälle hergisch wenig getan. Je mehr man auf jener Seite von „vollster Heße gegen die Opposition“, und das gar noch „in laugen Ausfällen“, oder in ähnlichen Halluzinationen fabuliert, um so sicherer wurde damit an den einfachen Tatsachen vorbeigeht. Im Verbiegen der Wahrheit ist ja noch jeder Radikalismus groß gewesen.

Aber wir können auch anders, haben auch einmal das trockene Zusehen laßt. Es muß ferner schon vor der für die Opposition ebenfalls klar Feld schaffenden Generalversammlung etwas an klärender Beleuchtung geschehen.

Weiteres zu den Zeitungs- verboten

I.

Inserm Artikel in Nr. 9 („Moshismus“ und Pressefreiheit“) sowie der ersten Rundschauinoffiz in Nr. 12 sollen nunmehr die Versammlungsberichte und sonst uns bekannt gewordenen Stellungnahmen der Buchdrucker in Sachen der Zeitungsverbote folgen. Der Ausnahmefall rechtfertigt eine Umgehung des Brauches, daß Berichte über Versammlungen nach der Reihe des Einganges veröffentlicht werden. Da wir jetzt erst die Versammlungen am Jahresabschluss untergebracht haben, könnten noch zwei Wochen vergehen, bis über die Protestversammlungen berichtet werden würde.

In Berlin erfolgte eine Stellungnahme gemeinsam mit den Hilfsarbeitern in einer Vertrauensmännerversammlung am 21. Januar in der „Neuen Welt“. Kollege Raffini teilte einleitend mit, daß der Gauvorsitzend, nach-

dem mehrere Zeitungen verboten wurden, in Gemeinschaft mit der Leitung der Hilfsarbeiterorganisation Stellung genommen und sich auch mit den Personalien der größeren Zeitungen in Verbindung gesetzt habe. Die Kollegen Albrecht und Glos hätten in dieser Sache mit dem Vertreter des Reichswehrministeriums verhandelt. Gleichzeitig seien auch vom Zeitungsverlegerverein Schritte zur Sicherung der Pressefreiheit eingeleitet worden. Kollege Albrecht berichtete sodann über die Verhandlungen mit dem Sekretär des Reichswehrministeriums, dem die Forderungen der Buchdruckerpersonalien auf volle Pressefreiheit vorgebracht wurden. Dieser habe ihnen erwidert, daß die Gefesgebung völlige Freiheit garantiere, daß aber außerordentliche Zeiten auch außerordentliche Mittel erforderten. Die Aufforderung zum außerordentlichen Widerstand müsse unterbunden werden. Die Vorgänge am 13. Januar hätten den Zweck, die Nationalversammlung zu sprengen. Was gehe auch aus dem Worte des Abgeordneten Henke hervor, der in der Nationalversammlung ausrief: „Sieg oder Tod“. Vorläufig könnten die Verbote nicht rückgängig gemacht werden. Auch durch eine Streikandrohung der Buchdrucker würde sich die Regierung hierzu nicht zwingen lassen. Sobald Garantien gegeben werden, daß die öffentliche Ruhe nicht mehr gefährdet sei, würden die versammlungsmäßigen Rechte wieder hergestellt. Das Resultat dieser Aussprache wurde den Vertrauensleuten der Zeitungen unterbreitet, die sich schließlich darauf verständigten, eine fünfsättrige Kommission direkt zum Reichswehrminister zu entsenden. Über die Interredung dieser Kommission mit dem Reichswehrminister Noske berichtete Kollege Vogel. Die Kommission habe eindringlich auf die Gefahren hingewiesen, die durch die Unterdrückung der Pressefreiheit heraufbeschworen werden, ebenso auf die Stimmung unter den Buchdruckern über das Vorgehen der Regierung. Noske habe zugegeben, daß eine Befristung und Beendigung der Verbote vielleicht richtiger wäre. Am Nachmittage werde sich eine Kabinettsitzung mit der Frage beschäftigen. Bedauern würde er es, wenn die Buchdrucker sich nicht von einem Streik abhalten ließen, die Regierung würde aber auch davor nicht zurückweichen. Die Kollegen Ordmann (Hilfsarbeiter) und Albrecht ergänzten noch die Ausführungen des Vorredners. Kollege Raffini berichtete im weiteren über die Schritte des Zeitungsverlegervereins und brachte das Resultat der Verhandlungen desselben mit dem Reichsminister zur Kenntnis. Danach sei die Regierung bereit, betreffs der Begründung und Befristung von Verboten Zugeständnisse zu machen und eine Beschwerdeinstanz zu schaffen. Wir müßten zu schärfsten Ausdruck bringen, daß die Pressefreiheit hochgehalten werde, denn unsere Kollegen seien es, die in erster Reihe unter den Verboten zu leiden hätten. Der Ertrag der Ereignisse des Buchdrucks sei uns als Arbeiter gleichgültig. Wir arbeiten, weil es unsre Pflicht ist. Und diese darf uns auch durch Maßnahmen der Regierung nicht unterbunden werden. Wir werden auf Grund der Verordnung vom 3. September verlangen, daß kein Arbeiter wegen der Zeitungsverbote entlassen werden dürfe. Die Diskussion gestaltete sich außerordentlich interessant und lebhaft. Auch die unabhängigen Redner gaben zu, daß die Veranstaltung der Demonstration am 13. Januar keine sehr gelückte war. Einer dieser Redner meinte, die Regierung hätte ein größeres Militäraufgebot stellen müssen, ein anderer hielt 20 Feuerspritzen für zweckmäßiger. Gefordert wurde von allen diesen Rednern, daß mit den schärfsten Mitteln vorgegangen werden müsse, wenn die Pressefreiheit von der Regierung nicht wieder hergestellt werde. Verschiedene Resolutionen, die den Generallstreik der Buchdrucker und völlige Lahmlegung der Presse forderten, wurden eingebracht. Ein kommunistischer Redner führte aus, daß die Demonstration die völlige Unfähigkeit der Unabhängigen bewies. Die von den Rednern vertretenen Begriffe der Pressefreiheit seien kleinbürgerliche Ansichten. Pressefreiheit wollen wir nicht für die kapitalistische Presse, sondern nur für die revolutionären Arbeiter. Die Diktatur des Proletariats, das sei proletarische Demokratie! Pressefreiheit wollen wir nur für die Presse der Arbeiter. Auch dieser Redner brachte eine feinen Ausführungen entsprechende längliche Resolution ein, die zum sofortigen Generallstreik anforderte. Von andern Rednern wurde diesen Ausführungen entgegengetreten. Die Diskussion bewies, daß die Regierung mit den Verboten einen großen Fehler gemacht habe. Sie hätte gar nichts Besseres tun können, als die feindlichen Brüder aufeinander loszulassen. Wenn die Richtung des Vorredners die Herrschaft übernehmen würde, dann hieße alle Pressefreiheit auf, dann bekämen wir die Gefesgesellschaft. Auch jetzt wolle ein Teil der Zeitungsreiber Pressefreiheit nicht von Zügel-

losigkeit zu unterscheiden. Ein Streik würde ein parteipolitisches Schild tragen und nur Zerrissenheit in die Organisation tragen, da die politische anders gestimmten Kollegen nicht mitmachen würden. Durch Schlussantrag wurde die Debatte beendet. Kollege Massini wies im Schlusswort darauf hin, dass verschiedene Redner nicht für die Pressefreiheit, sondern nur für ihre politische Anschauung eingetreten wären. Ein Einbruch auf die Regierung könne nur durch einmütige Zustimmung zu der Resolution des Gauvorstandes erreicht werden. Die bisherigen Zugehändnisse seien Erfolge unseres Vorgehens. Wir werden eine Kommission mit unserer Resolution zum Reichskanzler schicken und dann erreichen, was wir wünschen. Ob wir in einen Streik für die Pressefreiheit eintreten wollen, hätten wir reichlich zu überlegen. Jedenfalls bleibe das Abstimmsungsrecht der Personale unter allen Umständen gewahrt. In der Abstimmung wurden dann alle Resolutionen, die zum Streik aufzufordern, abgelehnt und folgende Resolution des Gauvorstandes mit erheblicher Mehrheit angenommen: „Die am 21. Januar 1920 in der ‚Neuen Welt‘ tagende Versammlung der Verfassungskomitees der Buchdrucker und Buchdruckerhelfer Groß-Berlins stellt sich auf den Boden der völligen Pressefreiheit. Sie verlangen von der Regierung die Aufhebung der ergangenen Zeitungsverbote und Wiedereinstellung der gefälligst garantierten Rechte. Sie werden sich entschieden gegen unbillige Verbote, die ohne jede Begründung erfolgen, da dadurch die Zeitungsverhältnisse wirtschaftlich aufs schwerste geschädigt werden. Die Zeitungen bilden das Sicherheitsnetz für sämtliche Bediensteten. Ihre Unterdrückung muß zu den schwersten wirtschaftlichen Erschütterungen führen. Übergriffe der Zeitungen erfolgen rechts wie links, es muß die Regierung nach einem andern Modus der Beschränkung suchen.“ Beschlössen wurde noch, dieselbe Kommission, die kein Reichswehrminister war, mit dieser Resolution zum Reichskanzler zu schicken.

Aus Eberfeld und Warmen wurde unterm 31. Januar in der Tagespresse gemeldet, in einer stark besuchten Versammlung hätten die Buchdrucker dort sofortige Aufhebung der Zeitungsverbote und Rückgängigmachung einer Verfügung seitens der Papierzentrale, den verbottene unabhängigen Zeitungen Papier zu liefern, gefordert, andernfalls würden sie zu den schärfsten Maßnahmen greifen.

In Göttingen wurde am 26. Januar einstimmig beschlossen: „Die zahlreich versammelten Göttinger Buchdrucker protestieren auf das allerentschiedenste gegen die gegen Recht und Gesetz verstoßenden Zeitungsverbote und verlangen vom Zentralvorstand eine umfassende Protestaktion, um solche Fälle für die Zukunft zu vermeiden“. Ein von den zur Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei gehörenden Kollegen gestellter Antrag verlangte, daß sofort alle Buchdrucker in einen Synpatheistreib streifen und sämtliche Zeitungen in Göttingen stillgelegt werden sollten. Er verzögerte jedoch nur 13 Stimmen auf sich.

Eine von den Buchdruckern wie von den Hilfsarbeitern stark besetzte Protestversammlung am 27. Januar in Gerolzhofen nach Aufhebungen des Verhältnisses buchst. nachfolgende Resolution an: „Die versammelten Helfer und Arbeiterinnen der hiesigen Buchdruckerzelle erblicken in dem von der Reichsregierung erlassenen Verbot der Reichlichen Erbtöne eine Vergewaltigung der Pressefreiheit. Sie fordern sofortige Aufhebung des Verbotes auch deshalb, weil doch seitens der Regierung immer und immer wieder der Ruf zur Arbeit an die Vollstreckung ergeht, durch diese Maßnahmen aber Tausende in Buchdruckereien beschäftigte Arbeiter und Arbeiterinnen in wirtschaftliche Notlage gebracht, der Erwerbslosenfürsorge zugewiesen und so dem Reich in der Zeit wirtschaftlichen Darniederliegens noch unnötige Opfer auferlegt werden. Die Versammelten erwarten von den Arbeitsgebern im Buchdruckgewerbe, daß auch ihrerseits gegen diese Art von ‚Pressefreiheit‘ entschiedenster Einbruch erhoben wird. Die organisierte Arbeiterkraft im graphischen Gewerbe behält sich im Wiederholungsfall weitere Schritte vor.“

In Halle a. d. S. hat nach Zeitungsmitteilungen eine Versammlung der Arbeiterkraft im graphischen Gewerbe am 21. Januar beschlossen, auch die bürgerlichen Zeitungen stillzulegen. Voraus war eine Sitzung der Gewerkschaftsfunktionäre mit der Redaktion des (verbottenen) „Volkswortblattes“ gegangen, in der man einig wurde, eine Deputation nach Berlin zu entsenden, um das Wiedererscheinen des „Volkswortblattes“ zu erwirken, von einem Streik sollte aber Abstand genommen werden. In der graphischen Versammlung machte eine Anzahl von unabhängigen Rednern, die zum Teil gar nicht der graphischen Arbeiterkraft angehören, derartig schärfe, daß von der Entsendung einer Delegation nach Berlin abgesehen, dafür jedoch der Synpatheistreib beschlossen wurde. Ein Funktionär unseres Verbandes trat den Unabhängigen entschieden entgegen und erinnerte sie daran, daß sie beim Generalstreik im März 1919 das Erscheinen aller Zeitungen außer dem „Volkswortblatt“ verboten hätten. Die Buchdrucker würden ihre Stellungnahme nur in einer eignen Versammlung vornehmen. Die graphische Versammlung beschloß noch, die gleichzeitig erfolgende Stellungnahme der Berliner und Leipziger Arbeiter abzuwarten, ehe der Streik begonnen werde.

In einer am 21. Januar abgehaltenen Versammlung protestierten die Leipziger Kollegen gegen die Zeitungsverbote und besonders gegen das der ‚Leipziger Volkszeitung‘. Kollege Kesselbach vorstellte solche Maßnahmen und verwies dabei auf die Schädigungen, die wir Buchdrucker dadurch erleiden. Er erwartete daher von dem Verbandsvorstand, daß dieser sofort bei der Reichsregierung Schritte unternehme, damit diese Verbote aufgehoben würden. Auch alle nachfolgenden Redner verzerrten die Beschränkung der Pressefreiheit, wobei einige nicht unerfassen konnten, Angriffe gegen die Redaktion des „Vor.“ sowie

gegen den Kollegen Kesselbach zu richten, die letzterer energisch zurückwies. Folgende Entschließung gelangte zur Annahme: „Die im Gauverein Leipzig im Verbande der Deutschen Buchdrucker organisierten Buchdrucker- und Schillergesellen fordern von der Regierung und dem ihr angehörenden interstelligen Militärschlepper des Wehrkreises IV die sofortige Zurücknahme des Verbotes der ‚Leipziger Volkszeitung‘ und der ‚Volkszeitung für das Mitteldeutschland‘. Sie erblicken in diesem Verbot nicht nur eine Anwendung der gegenrevolutionären Gewalt, sondern auch eine schwere Schädigung des Zeitungsgebietes (Angeklagte, Buchdrucker, Hilfsarbeiter und Austrägerinnen). Die Versammlung beauftragt einen fünfgliedrigen Aktionsausschuß, in dem der Gauvorstand durch zwei Personen vertreten ist, unmittelbar alle Maßnahmen zu ergreifen, um die oben ausgesprochene Forderung durchzuführen, und mit allen übrigen Organisationen der im Zeitungsgebiet beschaffigten Arbeiter und Arbeiterinnen zur Durchführung gemeinsamer Maßnahmen in Verbindung zu treten. Die Versammelten erklären, daß sie fest entschlossen sind, ihre Forderungen nötigenfalls mit den äußersten Mitteln durchzusetzen. Mit Nachdruck verwelten die Versammelten auf die Forderungen hin, die sich aus den Beschlüssen für die gesamte übrige Presse ergeben.“ Der gewählte Aktionsausschuß wurde beauftragt, sofort bei dem General-Märker in Dresden vorstellig zu werden und ihm den Beschluß der Leipziger Kollegen zu unterbreiten.

Am 25. Januar fand eine Versammlung der Buchdrucker und Hilfsarbeiter sämtlicher Leipziger Tageszeitungen statt, um den Bericht der Fünferkommission betreffend Aufhebung des Verbotes der ‚Leipziger Volkszeitung‘ entgegenzunehmen und über weitere Maßnahmen zu beschließen. Die Versammlungsleitung wurde von beiden Organisationen paritätisch geführt, und Kollege Kesselbach erteilte nach kurzer Einleitung dem Berichtsführer der Kommission, dem Kollegen Dornheim, das Wort. Derselbe gab in knappen Zügen ein Bild von den Verhandlungen mit General Märker in Dresden und mit dem Reichswehrministerium in Berlin. Beide Verhandlungen seien erfolglos gewesen. Während General Märker in Aussicht stellte, das Verbot der „V.“ dann zurückzunehmen, wenn er das Gefühl habe, daß die radikale Bewegung abflaute, war schon in der nächsten Woche getrieben worden, erklärte der Dezernent des Reichswehrministeriums (Rauch), daß die Zeitungen nicht aus politischen, sondern aus wirtschaftlichen Gründen verboten seien, weil sie in verkehrlicher Weise die Eisenbahner und Bergleute zum Streik heizen, deshalb könne das Verbot vorerst nicht aufgehoben und auch nicht befristet werden. Der Referent wandte sich in scharfen Worten gegen das Verhalten des Kollegen Massini in dieser Angelegenheit. Die Kommission habe noch Gelegenheit genommen, mit dem Verbandsvorstand über die Verbote und über einen eventuellen Proteststreik sowie dessen Ausfertigung zu sprechen, habe aber keine befriedigende Zusage erhalten. Er schloß seine Ausführungen mit den Worten, daß die Kommission allseitig die Zustimmung bekommen habe, daß nicht die Regierung, sondern die Militärs heute Deutschland regieren. Es sei nun Sache der Zeitungsarbeiter, in dieser Angelegenheit weitere Maßnahmen zu beschließen, um die Aufhebung der Verbote zu erreichen. Im Verlauf der anschließenden Debatte ergänzten die Kommissionsmitglieder und die Delegierten der Hilfsarbeiter die Ausführungen des Berichtsführers in den markantesten Punkten. Von den Diskussionsordnern wurden die wahren Gründe für die Verbote herausgeschält und die Begründungen der maßgebenden Stellen als nicht zureichend bezeichnet. Ein Antrag aus der Versammlung, nach einer Frist von zwei Tagen in den Proteststreik einzutreten, wurde zurückgewiesen zugunsten des Antrages, über einen Proteststreik sofort abzustimmen, und zwar nach Barufen und Betrieben getrennt mittels Stimmgeldes. Die Versammlung beschloß antragsgemäß. Das Resultat war eine Ablehnung des Proteststreiks von beiden Berufsgruppen. Kollege Kesselbach wies noch darauf hin, daß die Hälfte aller Zeitungskollegen dieser wichtigen Versammlung ferngeblieben sei, die sich doch lediglich mit ihrer ureigensten Angelegenheit zu befassen habe. Zum Schluß stellte er in Aussicht, daß nunmehr die beiden Organisationsleitungen sich sofort mit den Zentralstellen in Verbindung setzen würden, um noch einen wirksamen Protest bei der Regierung gegen die Verbote einzulegen.

In Magdeburg nahm eine Dreivererinsversammlung nachfolgende Entschließung an: „Die vielen in letzter Zeit erfolgten Zeitungsverbote haben in der Buchdruckerwelt eine lebhafteste Beunruhigung hervorgerufen. Sie sind es in erster Linie, die durch derartige Verbote zu leiden haben. Ein erheblicher Teil wird auf längere Zeit aufs Straßengeld gezwungen und erleidet schweren finanziellen Schaden. Die am 22. Januar in Magdeburg versammelte Buchdrucker protestieren auf das entschiedenste gegen die jeglichen vielen Zeitungsverbote und eruchen die sozialdemokratischen Reichstagsfraktionen, für sofortige Aufhebung der Verbote zu sorgen.“

In Plauen i. V. fand am 25. Januar in einer Mitgliederversammlung auch eine Protestresolution Annahme: „Die Mauesner Buchdrucker erheben den schärfsten Protest gegen die Vernichtung der Pressefreiheit. Sie fordern die Arbeitervereiner in den Parlamenten auf, alle Maßnahmen zu treffen, um die Pressefreiheit künftig sicherzustellen. Sie erwarten, daß auch der Verbandsvorstand und der Gauvorstand ebenfalls die beschriebenen Schritte unternehmen und behalten sich eventuell weitere Maßnahmen vor.“ Diese Resolution ist dem Gau- und Verbandsvorstand sowie den beiden sozialdemokratischen Fraktionen in der Nationalversammlung übermittelt worden.

Über die vorausgehend aufgeführten Versammlungen in Eberfeld-Warmen, Göttingen und Halle a. d. S. ist noch

kein Bericht eingegangen. Die Fassung stammt nach Zeitungsmitteilungen von uns. In Berlin haben sich auch noch Sparten- und Betriebsversammlungen mit den Zeitungsverboten in protestierendem Sinne beschafft.

Bisher sind uns leider erst zwei Aufhebungen von Zeitungsverboten bekannt geworden: aus Aitel und aus Ostha. Dagegen ist neuerdings auch das unabhängige Blatt in Chemnitz dem Verbot verfallen.

Wir können noch mitteilen, daß am letzten Tage der vorigen Woche neue Verhandlungen mit der Reichsregierung stattfanden, sollten unter Teilnahme unseres Verbandsvorstandes. Da bis zum Abschluß dieser Nummer noch keine Nachrichten darüber vorliegen, schenken sich neue Schwierigkeiten eingefest zu haben. Jedenfalls können wir in der folgenden Nummer Näheres und hoffentlich auch Besseres vermelden.

Fehlende Voraussetzungen zu dem Rauchschen Ausnützungssystem im Maschinenbau

Kollege Rauch (Stuttg.) glaubte Veranlassung zu haben, in Broschürenform den Arbeitgebern im Buchdruckgewerbe Vorschläge zu unterbreiten zu einer Arbeitsteilung im Maschinenbau, um die Produktivität zu heben im Interesse des Arbeiters wie des Arbeitgebers. Durch erhöhte Maschinenausnutzung und daraus sich ergebende höhere Produktion glaubt Kollege Rauch an eine Verbilligung der Buchdruckerzeugnisse, was Auftragsvermehrung, besonders durch die Verleger, zur Folge haben soll.

Kollege Rauch ist in **Sinnlichkeit auf Arbeitsgemeinschaften** optimistisch. Gibt es nicht genug Beispiele in der Papierherstellung und in der papierverarbeitenden Industrie, noch augenfälliger in anderen Industriezweigen, wo trotz der günstigsten Geschäftsverhältnisse die eigentlichen Erzeuger der Werte mit Hungerlöhnen abgeduldet werden? Wird nicht tagtäglich der Beweis erbracht, daß bei Arbeitsgemeinschaften zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern die Abschlässe über Arbeitsbedingungen immer nur das Resultat vorher erwogener Nachfragen sind, abhängig von der derzeitigen Wirtschaftslage? Auch die idealen Arbeitsgemeinschaften können nicht über die Grenzen hinweg, die ihnen die gegenseitlichen Interessen zwischen Kapital und Arbeit ziehen. Von da ab beginnt der Kampf, entweder in offener oder versteckter Form, je nach Konjunktur und Finanzlage des einen oder des andern Kontrahenten.

Über die praktischen Durchführungsmöglichkeiten möchte ich sagen: Kollege Rauch schreibt in seiner Broschüre, daß die jetzt bestehende Arbeitsweise die höchste Leistung der Geisteskräfte in sich birgt ohne besondere materielle Anreizmittel. Unverkennbar ist mir, wie er als Kollege Forderung von Präzedenz besüßigt kann. Schon in früheren Jahren ist in Wort und Schrift die Entlohnung nach Stück und Prämienzahlung schon verurteilt worden. In der Beurteilung dieser Entlohnungsart ist bei der Arbeiterkraft keine Änderung eingetreten. Nur die bittere Notwendigkeit der erschwerten Lebenshaltung in der jetzigen Zeit hat einem Teile der Arbeiterkraft diese Entlohnungsart aufgedrängt.

Durch Arbeitsteilung im Sinne des Taylor-Systems kann Produktionssteigerung erreicht werden. Gleichzeitig bringt aber die Anwendung dieser Methode eine Verflüchtigung des Geistes dadurch mit sich, weil der Arbeiter zum lebenden Maschinenteile herabgesetzt wird. Deshalb wäre es notwendig, daß bei dessen Anwendung die Arbeiterkraft verfürstet würde, um dem Arbeiter mehr geistige Betätigung zu ermöglichen.

Im Buchdruckgewerbe wird reichlich zwei Dritteln Klein- und Mittelbetrieben würde einem großen Teile der vorhandenen Produktionskräfte die Einführung des Rauchschen Systems nicht möglich sein, weil die Eigenart der Arbeiten, deren verschiedene Aufgaben und der gerade in kleineren Betrieben sehr oft wechselnde Geschäftsgang Hindernisse wären. Die Gegner der Einmaschinenbedienung sind ja gerade in den kleinen Unternehmungen zu suchen, denen es zumeist an voller Beschäftigung fehlt.

Eine Folge der Nicht Einführung der Rauchschen Methode würde für die Kleinbetriebe Auftragsrückgang, für die nach Rauch arbeitenden Druckereien Zunahme der Aufträge bedeuten. Mit anderen Worten: Entweder die kleineren Betriebe werden in Fällen der größeren Unternehmen — was zum Teil schon besteht — über die Kleinunternehmen verlieren die Existenzmöglichkeit — was nach meiner persönlichen Meinung für unser Volkswirtschaft auch kein Fehler wäre.

Eine besondere Voraussetzung für eine nützbildende Arbeitsteilung nach Rauch ist die Überlegung der Betriebe zu Spezialunternehmen: in reine Zeitungs-, Abend-, Werbe-, Illustrations- und Buchdruckabteilungen bzw. Betriebe, was ja nur eine Frage der Zeit sein wird. Zu einem nützbildenden Einzelarbeiten führt vor allem eine einheitliche Arbeitsmethode. Erreicht kann diese auf dem Weg einer weitgehenden Reform der jetzt üblichen Lehrlingsausbildung werden. In der Folgezeit, mit ihren allseitigen Beziehungen in allen Industriezweigen, durch weitestgehende Arbeitsteilung zur Produktionssteigerung zu gelangen, wird und muß dem Lehrlingsproblem größte Aufmerksamkeit gewidmet werden. Der Lehrling kann nicht mehr dem Einzelunternehmen als billige Arbeitskraft überlassen bleiben. Auch jungen Arbeitskräfte müssen ihre Anleitung in eigens dazu ausgehaltenen Lehrstätten, die nach modernster Technik eingerichtet, allen Speziallehren genügen können, erhalten und unter Leitung der tüchtigsten Werkkollegen stehen. In diesen Lehrstätten soll

Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Einzelnummern 5 Pfennig das Exemplar, solche mit älterem Erscheinungsdatum bis zu 25 Pfennig.

Beilage zu Nr. 15 — Leipzig, den 5. Februar 1920

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

Ernährungswirtschaft

Gefährliche Verschärfung der Ernährungsschwierigkeiten

Es ist nun so weit gekommen, wie es lange vorauszu sehen war, und wie es kommen mußte angesichts der planmäßigen Sabotierung unserer Ernährungswirtschaft durch das Großhändlerum und die Schieber aus allen Volkskreisen, denen in ihrer elenden Selbstsucht einer und volkswirtschaftlichen oder politischen Kurzsichtigkeit andererseits die Not des Volkes recht gleichgültig ist oder ein Buch mit sieben Siegeln zu sein scheint.

Das verfügbare Brotgetreide reicht nur bis Ende Februar. Eine Verminderung der Brotration ist zum 1. März eingetreten und soll in der nächsten Woche auf 1900 g Brot oder 1400 g Mehl in der Woche herabgesetzt werden. Das ist eine sehr böse Nachricht! Der auch für den Körnerausbruch sehr läßbare Kohlenmangel wird als Schuldobjekt mitgenannt. Ihm abzuheilen, ist momentan das oberste Gebot. Zu der gleichen Zeit erfolgt auch wieder eine höhere Ausmahlung: zu 90 Proz. (gegen 82 bisher und 94 früher). Stofflich bleibt uns aber die Fleischerei, ganz besonders die Mäschung mit undefinierbarem sogenannten Nachsch, und das Kohlenbrod er spart, an das wir mit Entsetzen zurückdenken.

Auch im übrigen werden die Zufuhren von Nahrungsmitteln, namentlich in den Großstädten, immer geringer. Berlin kann jetzt nur 2 Pfund pro Kopf und Woche ausstellen und in anderen Städten ist es nicht viel besser. Ausfallen muß der schlechte Ernährungsstand in Bayern, d. h. in den Großstädten dort und ganz besonders in München. Wenn es in diesen noch fast bis Kriegsende gesegneten Gegenden — im Vergleich zu manchem andern Stimmkreis in Deutschland — so übel aussieht, dann ist dies ein sehr bedenkliches Zeichen für die Verschlechterung unserer Ernährungswirtschaft.

Alle Achtung vor unserer Hilfsbereitschaft Österreich gegenüber, was so recht der Tatsache entspricht, daß der arme Mann dem Armen eher hilft als der reiche, der zu meist kein Verständnis für die Not hat. Für die traurigen Folgen ihrer weisfremden Staatenbildneret muß aber die Entente aufkommen! Auch uns sind unentbehrliche landwirtschaftliche Bezirke entzogen, was uns das Leben nicht minder erschwert, und die eigene Not sollte doch wohl zuerst berücksichtigt werden.

Ein Moskauer-Erlass gegen die pommerischen Agrarier

In Pommern ist es bekanntlich im Vorjahre zu Konflikten zwischen den Landwirten und den Landarbeitern gekommen, die auf das Einbringen der Ernte stark nachteilig waren, wenn auch durch das Einschreiten der Regierung Schlimmeres verhütet werden konnte. Der preussische Landwirtschaftsminister Braun, unser Kollege, hielt hierauf in der Landesversammlung sehr kräftige Abrechnung mit den Leuten, durch deren Verhalten die Landarbeiter zur Abwehr gezwungen wurden. Die Landarbeitertarife wurden dann durchgesetzt.

Jetzt ist es auf großen Gütern in Pommern massenhaft zur Kündigung ganzer Landarbeitersfamilien gekommen. Einzelarbeiter und Arbeiterfamilien, die schon 10, 20, 30 und mehr Jahre an einem und demselben Gute beschäftigt waren (darunter auch Kriegsteilnehmer), sind von dieser rigorosen Maßnahme betroffen. Andererseits werden immer noch zahlreiche Russen auf den gleichen Gütern beschäftigt und weiter eingekauft. 8000 Landarbeiter sollten im ganzen entlassen werden, an 3000 bis 4000 ist die Kündigung bereits ausgesprochen; hauptsächlich sind Vertrauensleute und Funktionsäre des Landarbeiterverbandes dabei ausgesucht worden. Die junkerlichen Gewerkschaftsleiter lassen launischen Schwindel über ihre skandalösen Handlungen verbreiten.

Reichswehrminister Noske hat nunmehr in einem Erlasse den Militärbevollmächtigten für Pommern angewiesen, gegen die Massenkündigung von Landarbeitern energisch einzuschreiten. Die Tausende von entlassenen Landarbeitern könnten bestenfalls durch unerfahrene Leute ersetzt werden. Es müßte also zu einer Gefährdung lebenswichtiger Betriebe kommen — durch deren Betrieb selbst — und die schon unzulängliche Ernährung der Bevölkerung würde sich noch weiter verschlechtern. Noske weiß auch darauf hin, welche ersten Konflikte sonst noch aus dem Vorgehen der pommerischen Agrarier erwachsen könnten. Der Militärbevollmächtigte soll nun alle erfolgten Kündigungen als unwirksam erklären. Aus zwingenden Gründen notwendig werdende Entlassungen müßten erst vor der Schlichtungsausschuss gebracht werden. Außerdem soll er zur Beilegung der Differenzen zwischen den belterseitigen Organisationen schleunigst Verhandlungen einleiten.

Daß auch Agrarier den „Nostizismus“ zu spüren bekommen, zeigt, daß heutzutage nichts unmöglich ist. Es muß aber erwidert werden, daß Noske nicht locker läßt, um diesen Zusammenbruchsheiden das Handwerk vollständig zu legen; mögen die Spartakisten von rechts auch hundertmal über Noskes „Gesantenpolitik“ wehern.

Den Hilfsfähigen und der Regierung ins Stammbuch!

Den natürlichen Ursachen unserer Ernährungsnot würde weit besser zu begegnen sein, wenn alle Volkskreise zu gutem Gelingen beitragen, im allgemeinen sozialer gehandelt und demgemäß mehr Verständnis für die Not seines Mitmenschen gezeigt werden wollte. Aber alles arbeitet in selbststichiger Weise gegen die Maßnahmen der sorgenbeladenen Regierung, und doch verlangt man von ihr, daß sie die Ernährung sichere.

Aber auch dem Wirtschaftsminister Robert Schmidt kann der Vorwurf nicht erpart werden, daß er die Sabotage der Volksernährung zu spät anfaßt. Der widerpenstige oder Schleichhändler treibende Landwirt mißte ebenso zur Rechenschaft gezogen werden wie die berufsmäßigen Schleichhändler, die jetzt sogar in Großhändlervereinen gegen die Bucherverordnung protestieren. Eine Anbaupflicht für Kartoffeln und Brotgetreide muß vorbereitet werden, da die Landwirte drauf und dran sind, den Anbau der Erzeugnisse, die öffentlich bewirtschaftet werden, bedeutend einzuschränken und dafür das zu bauen, was freigegeben ist, weil daran noch mehr Geld verdient wird; von den Sanalitäten, die öffentlich bewirtschaftete Erzeugnisse nur für ihren Bedarf anbauen wollen, noch gar nicht zu reden. Hier zeigt sich der Nachteil der durchsicheren Zwangswirtschaft.

Es istbarer Irrtum, daß unsere Preise für landwirtschaftliche Produkte den Weltmarktpreisen angepaßt werden müßten. Als ein verbrecherisches Unterfangen muß es bezeichnet werden, wenn dies noch weiter angestrebt wird. Früher errichteten die Agrarier gegen die Einfuhr fast unüberwindliche Zollmauern, jetzt reben sie ihr in recht verdächtiger Weise das Wort und übergeben absichtlich den schlechten Stand unserer Währung und die Snappheit wie die Steuerung im Ausland. So wie früher es möglich war, daß unter staatlichem Schutze das Volk betrogen, Brotgetreide mit hohen Prämien ausgeführt und davon Mele oder Schrot zu billigen Preisen für sich wieder eingeführt wurde, davon träumt man und möchte es wohl jetzt schon in die Praxis umsetzen, wie die in großem Umfang vorgenommenen gewissenlosen Verkäufe an das Ausland beweisen.

Man redet und schreibt fortwährend von dem „Zusammenbruch“ und läßt auch allem Ansheine nach bestellte Arbeit durch den früheren Unterstaatssekretär v. Braun, verdrängen, der es ausgesprochen versteht, mit „Kammermännern“ das Gespenst vom Zusammenbruch im Interesse der Agrarier an die Wand zu malen. Schließlich könnte auch durch solche planmäßige Arbeit das Vieh mit hohen Prämien bei den Landwirten nicht mehr fruchten, die sich durch den Zusammenbruch nur noch mehr Profit versprechen. Der kleine Landwirt macht aber für den großen nur den Fall und würde durch die hervorgerufenen Zustände nicht besser dran sein als der Arbeiter. Aber auch den Großgrundbesitzern kann durch deutlich vorputzende Ereignisse das schmutzige Geschäft streitig gemacht werden.

Der vor kurzem erlassene Aufruf des Reichsausschusses für die deutsche Landwirtschaft, in welchem die Landwirte dringlich zur Beschleunigung des Dreiebens und der Ablieferung aufgefordert werden, wird allgemein und auch von uns begrüßt. Aber es wird nicht mit dem notwendigen Ernst aufgenommen werden und wenig Erfolg haben, da man schließlich außerhalb dieser Körperschaft selbst dagegen arbeitet, wie es bei früheren Aufrufen vorgekommen ist.

Es wird sehr viel auf die Regierung ankommen, ob sie sich selbst und mit ihren Maßnahmen den Widerpenstigen gegenüber wirklich durchzusetzen vermag und auch sonst der wirtschaftlichen Krise noch Herr wird. Ansehnliche Vorräte sollen (nach Äußerungen aller Kenner) noch vorhanden sein und zumal bei den Großgrundbesitzern lagern. Man mache daher kurzen Prozeß.

Unsre Wirtschaftslage ist sehr ernst. Wenn nicht alle Hebel in Bewegung gesetzt, durchgreifende Maßnahmen auch wirklich durchgeführt werden, dann kann etwas ein freisetzen, was niemand zum Segen gereicht und mit dem gerade diejenigen, die darauf hinarbeiten, nicht einverstanden sein werden, wenn auch sie die Folgen zu kosten bekommen. Die Hungersnot würde vor den Zusammenbruchstheoretikern und -praktikern ja nicht haltmachen. Deshalb ist es auch im eignen Interesse schon besser, und menschlicher den andern gegenüber nicht minder, wenn endlich einmal alles an einem Stränge zieht, um Volk und Land nicht untergehen zu lassen. Machen wir doch dem Krieg unter uns ein Ende, es hilft uns ja niemand sonst!

Rundschau

Internationale Gewerkschaftssolidarität. In einem Manifest lenkt, wie aus Amsterdam berichtet wird, der Internationale Gewerkschaftsbund die Aufmerksamkeit des Völkerrats auf die ernste Wirtschaftslage Mitteleuropas, insbesondere Deutschlands, und weist auf die dringende Notwendigkeit hin, Maßnahmen dagegen zu treffen. Er fordert die Völker Mitteleuropas und

Amerikas auf, besonders durch ihre Gewerkschaftsbewegungen den nötigen Druck auf die Regierungen auszuüben, damit rasch Maßnahmen zur Besserung der Lage ergriffen werden. Nach einer Meldung aus Wien trafen am 31. Januar die vom Internationalen Gewerkschaftsbund für die Arbeiter Deutsch-Österreichs gesendeten 230 Waggons Lebensmittel ein.

Praktische Gewerkschaftspolitik. Vor einigen Wochen kam zwischen dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und den skandinavischen Gewerkschaften ein Kreditabkommen von mehreren Millionen Kronen zustande. Durch dieses Abkommen wird die deutsche Arbeiterchaft dank des Vertrauens, das die alten Gewerkschaftsführer in der gewerkschaftlichen Internationale genießen, große Posten wichtiger Beschäftigungsgegenstände und Lebensmittel zu Preisen erhalten, die sich infolge der Ausgestaltung des Zwischenhandels wesentlich billiger stellen werden. Dieses erste Stütz praktische Gewerkschaftspolitik soll nunmehr eine großzügige Fortsetzung und Ausgestaltung erfahren. Ein schwedisches Kreditinstitut ist nämlich an die Führer der deutschen Gewerkschaften mit Kreditvorschlägen herangetreten, die zur Gründung einer Deutschen Ökonomiegesellschaft (G. m. b. H.) geführt haben, die bereits in Tätigkeit ist. Für den Einkauf von Rohstoffen, Lebensmitteln usw. werden dieser Gesellschaft große Kredite zur Verfügung gestellt. Dadurch wird namentlich der Arbeiterchaft noch immer stark leidenden Textilindustrie Arbeitsgelegenheit verschafft werden und die verarbeiteten Waren sollen der bedürftigen Bevölkerung zugute kommen. In jede Möglichkeit einer für die skandinavische Arbeiterchaft ungleichen Konkurrenz auszuweichen, die durch ihre Gewerkschaften ein so vornehmer Beispiel internationaler Solidarisität gegeben haben, ist beschlossen worden, die skandinavischen Gewerkschaftsbünde zum Einkauf von Fertigwaren oder Lebensmitteln zu verwenden, während die Kredite der Ökonomiegesellschaft hauptsächlich für den Rohstoffankauf benutzt werden. Der Gewerkschaftsbund bezieht sich der Kreditvermittlung selbstverständlich im Einvernehmen mit dem Deutschen Textilarbeiterverbande. Der Gewerkschaftsbund hat den Plan erst zur Ausföhrung gebracht, nachdem der Vorstand des Textilarbeiterverbandes ihm zugestimmt und die notwendige Verbindung mit den Textilindustriellen vermittelt hatte. Von beiden Seiten hofft man, für unsre Volkswirtschaft im allgemeinen, und insbesondere für die Textilindustrie und ihre zahlreiche Arbeiterchaft nützliche Arbeit leisten zu können.

Maßnahmenwertes Beispiel. Die Slogauer Druckerei G. m. b. H. in Slogau gewährte ihrem Personal bis zu einjähriger Geschäftsjährlichkeit 20 Mk. über ein Jahr 30 Mk. einmalige Ertragszulage.

Buchdrucker in öffentlichen Diensten. Als Geschworene in Plauen i. V. der Kollege Alfred Rudo was in; als Schwören die Kollegen Reinhard Zahn in Plauen i. V., Denker in Buer i. W., Dyck in Minden, Karl Gründler in Großsch. Ebenda ist als erster Buchdrucker der Kollege (Faktor) Adolf Köhler in das Stadtparlament eingetreten; in andern städtischen Ämtern sind tätig die Kollegen Karl Gründler, Adolf Köhler, Richard Quaes, Otto Rodtkopf, Karl Schulz; letzterer wurde auch zum Vorhänger der Allgemeinen Druckerkrankenkasse gewählt. Weiter kam noch Kollege Emil Barbhnecht in Berlin-Stichenberg in das Stadtverordnetenkollegium.

Buchdruckerprüfung in München. Die nächste Geßlerprüfung für Buchdrucker in München findet voraussichtlich am 17. und 18. April statt. Anmeldungen hieran müssen den Bestimmungen der Handwerkskammer gemäß spätestens vier Wochen vorher, also bis zum 20. März, eingelaufen sein. Die Anmeldungen sind zu richten an die Geschäftsstelle des Vereins Münchner Buchdruckermeister, München, Goethestraße 12 I; von dort sind auch die vorgeschriebenen Meldeformulare zu beziehen.

Dichterstück und Seherstehling. Über Goethes Zeichnungen zum arbeitenden Volke wurden in der „Zeitschrift für Bucherfreunde“ interessante Mitteilungen gemacht. Sie sind einem Aufsätze Goethes und das Volk von Friedrich Johannes Frommann entnommen, dem Sohn und Nachfolger von Goethes Freund, dem Verlagsbuchhändler Frommann in Jena, und beruhen auf persönlichen Erinnerungen. Dort heißt es: „Wenn man wissen will, wie sich Goethe zum sogenannten Volke gestellt habe, so frage man doch die Handwerker und Künstler, die für ihn gearbeitet, die Bauern, die mit ihm verkehr haben, seine eignen Dienstboten. Ich behaupte, alle, die in untergeordneter Stellung mit ihm zu tun gehabt haben, sind ihm von ganzer Seele ergeben gewesen. Zum Beweise, wie er mit solcher Unging, nur ein Beispiel: In den zwanziger Jahren wurden seine meisten Schriften in der Druckerei meines Vaters und Helms gedruckt. Der Geßler, welcher die Korrekturen zu bringen und zu holen hatte, mußte ihm das Technische des Satzes erläutern, und nachdem der „Polze“ Goethe begriffen hatte, daß große Entschieden oder Streichungen viel Arbeit machen und den Satz verderben, bemühte er sich, bei seinen Korrekturen die geübtesten Wärdungen oder Worte in der Anzahl der Buchstaben möglichst dem ursprünglichen Satz anzupassen. Dieselben

